
Vorsitz: Armenien

978. PLENARSITZUNG DES FORUMS

1. Datum: Mittwoch, 2. Juni 2021 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 10.55 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Papikyan

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung von FSK-Sitzungen während der COVID-19-Pandemie laut FSC.GAL/31/21 OSCE+.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/216/21) (FSC.DEL/216/21/Add.1), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau und der Ukraine) (FSC.DEL/219/21), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/214/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Kanada, Russische Föderation (Anhang)

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

Logistische Angelegenheit im Zusammenhang mit dem Format der kommenden FSK-Sitzungen während der COVID-19-Pandemie: Vorsitz

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 9. Juni 2021, um 10.00 Uhr über Videokonferenz

978. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 984, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

unsere grundsätzliche Einschätzung der Ursachen, des Verlaufs und der Folgen des innerukrainischen Konflikts ist unseren geschätzten Partnern in diesen Verhandlungen wohlbekannt und bleibt weiterhin aufrecht. In Ausübung des Rechts auf Erwiderung möchten wir jedoch auch zu den Erklärungen einiger Delegationen im Zusammenhang mit der souveränen Entscheidung der Russischen Föderation, 20 neue militärische Truppenteile und -formationen im Militärbezirk West zu stationieren, Stellung nehmen.

Die russische Delegation hat wiederholt festgestellt, dass eine Zunahme der militärischen Aktivitäten des Nordatlantischen Bündnisses praktisch entlang unserer gesamten Grenzen zu beobachten ist, begleitet von einer Intensivierung der operativen Ausbildungsaktivitäten der NATO-Truppen sowie von Aufklärungsaktivitäten, einschließlich des Einsatzes von bemannten und unbemannten Luftfahrzeugen, die mit der neuesten Technologie zur Überwachung der Lage auf dem Boden und dem Wasser ausgestattet sind und die Beobachtung des russischen Hoheitsgebiets ermöglichen. Es ist bezeichnend, dass die meisten Aufklärungsflüge in der Nähe der Halbinsel Krim registriert werden, wenn sich die Schiffe der NATO-Mitgliedsländer in den Gewässern des Schwarzen Meeres befinden und wenn die Allianz in der Region militärische Übungen durchführt.

Nach Angaben der russischen Militärführung ist die Lage im strategischen Raum West durch zunehmende militärische Bedrohungen gekennzeichnet. Der Umfang der strategischen Flugeinsätze der US-Luftwaffe dort hat sich seit 2014 vervierzehnfacht. Mit Lenkwaffensystemen ausgerüstete Wasserfahrzeuge der NATO laufen regelmäßig in die Ostsee in der Nähe der Region Kaliningrad ein. Es ist allgemein bekannt, dass die westlichen Länder die größte Militärübung in Europa seit 30 Jahren vorbereiten, an der 40 000 Mann beteiligt sind.

Angesichts dessen ist die Frage berechtigt, wer eigentlich an wessen Grenzen Säbelschneidern betreibt.

Wir stellen mit Bedauern fest, dass die Aktivitäten unserer westlichen Kolleginnen und Kollegen darauf abzielen, das regionale Sicherheitssystem zu untergraben. Alle diese

Faktoren werden in unserer militärischen Planung berücksichtigt. Wir behalten uns das Recht vor, im Interesse der Gewährleistung der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Wir erwarten, dass unsere geschätzten Kolleginnen und Kollegen unseren Standpunkt zu der von ihnen aufgeworfenen Frage, auf die wir nicht zurückzukommen beabsichtigen, hören und voll und ganz berücksichtigen.

Darüber hinaus stellen wir fest, dass die heute geäußerten subjektiven Ansichten über die Umsetzung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) nach dem Wiener Dokument 2011 weitgehend haltlos und falsch sind. Wir haben die paradoxe Situation, dass Teilnehmerstaaten, die auf einem anderen Kontinent liegen und sich dadurch auszeichnen, dass sie in der gesamten Geschichte des Wiener Dokuments keinen einzigen Inspektions- oder Überprüfungsbesuch auf ihrem Territorium zugelassen haben, sich berechtigt fühlen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit Kommentare oder Empfehlungen an andere abzugeben. Es sei daran erinnert, dass das Territorium eines der Teilnehmerstaaten, die heute das Wort ergriffen haben, von den gesamteuropäischen VSBM überhaupt nicht erfasst wird. Wir glauben, dass es unseren geschätzten Kollegen aus den USA und Kanada unter diesen Umständen nicht zusteht, die Kommentare abzugeben, die wir heute gehört haben.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.